

KOALITIONSVERTRAG

CDU + DIE GRÜNEN
2011 – 2016

Frankfurt am Main, im Mai 2011

Inhalt

Präambel	Seite 3
Bildung und Kinderbetreuung	Seite 4
Kultur	Seite 6
Soziales	Seite 8
Gesundheit	Seite 10
Frauen	Seite 11
Finanzen	Seite 12
Wirtschaft	Seite 12
Sport	Seite 14
Integration	Seite 15
Verkehr	Seite 16
Planen	Seite 18
Wohnen	Seite 20
Umwelt	Seite 22
Sicherheit	Seite 24
Brandschutz	Seite 24
Verwaltung und Personal	Seite 25
Region	Seite 26
Bürgerbeteiligung	Seite 27

Präambel

Die Politik von CDU und GRÜNEN und der von ihnen getragene Frankfurter Magistrat haben in der letzten Wahlperiode viel Zustimmung in der Bevölkerung erfahren. Dies hat auch zu einem klaren Wählerauftrag bei der Kommunalwahl am 27. März geführt. Diesem Vertrauensbeweis der Wählerinnen und Wähler fühlen sich CDU und GRÜNE verpflichtet.

Wir - CDU und GRÜNE - wollen diesen erfolgreichen Kurs gemeinsam fortsetzen und mit neuen Ansätzen weiter entwickeln. Wir wollen dieses große Vertrauen rechtfertigen, indem wir mit einer verantwortungsvollen Sozial- und Bildungspolitik niemanden auf dem zukünftigen Weg Frankfurts - hin zu einer modernen und weltoffenen Bürgerstadt und zu einem starken Wissens- und Wirtschaftsstandort - zurücklassen.

Wir wollen mit einer entschiedenen, präventiven und rechtsstaatlichen Sicherheitspolitik garantieren, dass niemand aus objektiven oder subjektiven Gründen auf die Teilhabe am öffentlichen Leben verzichten muss.

Wir wollen in der Stadtgestaltung den Weg des Ausgleichs zwischen Tradition und Moderne mit Augenmaß fortsetzen, gleichzeitig mit neuen Modellen und innovativen Ansätzen in der Verkehrs-, Wohnungs- und der Energiepolitik ein Zeichen für Nachhaltigkeit setzen. Nachhaltigkeit soll auch den Umgang mit den städtischen Finanzen prägen, wo wir im Interesse auch nachfolgender Generationen weiterhin eine solide Haushaltspolitik betreiben werden.

Wir wollen vorausschauend auf den demografischen Wandel reagieren: Mit einer aktiven Familien-, Wirtschafts- und einer weiter gestärkten Integrationspolitik. In der Kulturpolitik fühlen wir uns dem großen kulturellen Erbe unserer Stadt verpflichtet und wollen das innovative und kreative Potenzial der Kulturstadt Frankfurt fördern.

Denn wo, wenn nicht hier, in dieser Stadt, können die neuen Fragen und Aufgaben unserer Gesellschaft als erstes angegangen werden; Fragen, die sich meistens hier als erstes stellen und doch grundsätzlichen für unser ganzes Land sind und sein werden. Von Frankfurt aus wurde immer neu, innovativ und auch zukunftsweisend gedacht. Wir müssen beidem gerecht werden: der Pflege von Tradition, der Heimat und der Geschichte einerseits und dem Mut zu neuem Denken andererseits - beides muss seinen kulturellen und politischen Ausdruck finden.

Grundlage dafür ist der Koalitionsvertrag zwischen CDU und GRÜNE. Beide Partner tragen unabhängig von der jeweiligen Magistrats- bzw. Ressortzuständigkeit für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Unterschiedliches Abstimmungsverhalten innerhalb der Koalition wird es nicht geben. Die bisherigen Beschlüsse des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung erkennen wir an, modifizieren sie jedoch an manchen Stellen.

In diesem Sinne wollen wir - CDU und GRÜNE - gemeinsam die neue Wahlperiode angehen, auch in dem gegenseitigen Vertrauen, von dem die bisherige Zusammenarbeit geprägt war, von der Zuversicht in Vieles, was uns eint und dem gegenseitigen Verständnis dafür, was uns programmatisch trennt und doch einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden muss – **zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.**

Bildung und Kinderbetreuung

Kinder sind die Zukunft unserer Stadt. Die Entwicklung der Stadt Frankfurt am Main hin zu einer Familienstadt ist in den vergangenen fünf Jahren deutlich vorangeschritten. Allein bei den Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren konnte die Zahl verdoppelt werden. In den Schulen steht inzwischen mehr als jedem zweiten Kind ein Hortplatz zur Verfügung. Neben dem quantitativen Ausbau spielt auch die Qualität der Betreuung wie auch die Einbindung der Eltern eine große Rolle.

Wir werden das Ziel, ein bedarfsgerechtes, qualitativ hochwertiges und wohnortnahes Angebot an Kitas und Tagespflegeplätzen zu entwickeln, weiter konsequent verfolgen. Dabei spielen auch Betriebskindergärten eine wichtige Rolle.

Uns ist die Zugänglichkeit von Kinderbetreuung für alle Bevölkerungsschichten wichtig. Die vierte Gebührenstufe der Kita-Elternentgelte wird abgeschafft, um Haushalte mit niedrigem Einkommen zu entlasten. Eine weitere Harmonisierung zur Änderung der Gebührenhöhe z.B. hin zu einem Zweistufenmodell soll grundsätzlich geprüft werden.

Es werden Maßnahmen erarbeitet, um die Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen effizienter und für die Eltern einfacher zu gestalten. Es soll geprüft werden, ob eine frühere Vergabe von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige realisierbar ist.

Die Frankfurter Sprachprogramme („Wortstark“, „Meine, deine, unsere Sprache“) werden in Zusammenarbeit mit der Universität Frankfurt weiterentwickelt.

Die Nachfrage nach ganztägiger Kinderbetreuung ist in unserer Stadt nach wie vor sehr hoch. Wir werden den Anteil der Ganztagsplätze am Gesamtangebot der städtischen Kitas schrittweise von 60% auf 65% steigern.

Das Kinderbüro als Geschäftsstelle des Frankfurter Bündnisses für Familie leistet einen wichtigen Beitrag zur Kinderfreundlichkeit in unserer Stadt. Wir werden dieser Bedeutung gerecht, indem wir das Kinderbüro personell und räumlich vergrößern und ihm einen zentralen Platz in der Stadt einräumen.

Frühkindliche Bildung und damit Teilhabe gelingt, wenn die Eltern einbezogen werden. Wir haben in den letzten Jahren gute Erfahrungen mit Kinder- und Familienzentren gemacht. Zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung und Unterstützung der Erziehungskompetenz der Eltern wird der Ausbau der Kinder- und Familienzentren weiter vorangetrieben.

Um ausreichend Erzieherinnen und Erzieher für die Arbeit in Frankfurt zu gewinnen, wird das laufende Programm des Eigenbetriebs Städtische Kitas Frankfurt am Main zur Personalgewinnung fortgesetzt und eine weitere Förderung etwa in Form von preiswertem Wohnraum geprüft.

In der Bildungspolitik folgen wir dem Anspruch, dass jedes Kind mit seinen individuellen Talenten gefördert werden soll. Wir wollen kein Kind zurücklassen. Seit 2006 sind wichtige Weichenstellungen erfolgt, die wir in den kommenden Jahren fortführen wollen. Mit den Gründungen des Gymnasiums Riedberg und der IGS West haben wir die ideologischen Debatten der Vergangenheit endgültig überwunden und eine Schulplanung umgesetzt,

die sich am Elternwillen orientiert. In den kommenden Jahren soll die Weiterentwicklung der Schulen hin zu Ganztagschulen forciert werden, falls nötig auch ohne die Hilfe des Landes. Dies gilt ebenso für die Einrichtung von inklusiven Unterrichtsmodellen. Um die Bildungschancen der Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu verbessern, wollen wir den Ausbau von Jugendhilfeangeboten an den Schulen vorantreiben und die Kooperationen mit gesellschaftlichen Gruppen, freien Trägern sowie Unternehmen aus Handwerk und Industrie intensivieren.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der Schulen als Räume des ganztägigen Aufenthalts, der Bildung und der Betreuung von Kindern und Jugendlichen, sollen für einen effektiven Ausbau der Ganztagschulen die Schnittstellen zwischen Bildung und Jugendhilfe mit dem Ziel untersucht werden, Doppelstrukturen abzubauen. Hierbei sind auch die Aufgaben der Jugendhilfe in ihrer ganzheitlichen familienbezogenen und in ihrer sozialräumlichen Funktion zu beachten. Es ist unser Ziel, in einem ersten Schritt den Ausbau der Frankfurter Grundschulen zu Ganztagschulen zu erreichen. Dieses Ziel soll durch die Bündelung der dafür bereitgestellten Landesressourcen mit kommunalen Ressourcen realisiert werden. Im Rahmen der Entwicklung von Bildungslandschaften sollen schulische und außerschulische Lernorte verknüpft und verbunden werden und ggf. mit Schulen fusionieren. Prinzipiell ist die Hortplatzstruktur an die veränderte Schullandschaft anzupassen.

Die anteilige Finanzierung von SchuB (Lernen in Schule und Betrieb), das Frankfurter Hauptschulprojekt und die Praxisorientierte Hauptschule werden in dieser Wahlperiode im Bestand gesichert und bei Bedarf ausgebaut. Das Förderprogramm „Jugendhilfe in der Schule“ und das Programm zur Berufsfindung, das Frankfurter Hauptschulprojekt, sollen dabei auch im Bildungsgang Realschule realisiert werden. Die Teilnahme an diesen Programmen soll auf freiwilliger Basis geschehen. Die Unterstützung der Entwicklung von Hauptschulen oder Haupt- und Realschulen zu Mittelstufenschulen wird vorangetrieben und soll an den Schulstandorten erfolgen, an denen dies gewünscht wird. Dies beinhaltet auch die materielle Ausstattung der Hauptschulen.

Die Einrichtung eines weiteren Oberstufengymnasiums wird wegen der steigenden Zahlen der qualifizierten Gesamtschülerinnen und -schüler an geeigneter Stelle angestrebt. Die Bedarfsermittlung von Gymnasialplätzen wird fortgeführt.

Der IT-Support an allen Schulen soll erheblich ausgebaut werden, um eine moderne Verwaltung und moderne Unterrichtsformen nachhaltig zu ermöglichen. Dies soll über zusätzliches Personal durch die Stadt Frankfurt, aber auch über die externe Vergabe von Dienstleistungen erfolgen.

Zur Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen wird die Stadt Frankfurt zeitnah ein Konzept erarbeiten und in Pilotprojekten erste Erfahrungen im Bereich der Umsetzung machen. Für einen erfolgreichen Gemeinsamen Unterricht in Frankfurt bedarf es einer stärkeren Unterstützung durch das Land Hessen.

Der Zuschuss zur kulturellen Bildung und Teilhabe in Höhe von 10 Euro pro Schulkind hat sich im Rahmen des durchgeführten Pilotprojektes als Erfolg erwiesen und soll deshalb im Haushalt dauerhaft verstetigt werden. Ein dezernatsübergreifendes Netzwerk „kulturelle Bildung“ soll eingerichtet und mit den Trägern Zielvereinbarungen getroffen werden.

Zu einem adäquaten Lernumfeld gehören auch Hygiene und Sauberkeit in den Schulen. Die Reinigung der Schulen werden wir durch den Einsatz von Präsenzkraften verstärken; parallel dazu sollen die Schulen ein pädagogisches Konzept zur Vermeidung von Vandalismus erarbeiten.

Verständnis für Ökologie, Umwelt und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen beginnt im Kindesalter. Daher werden die Aktivitäten des Vereins Umweltlernen in Frankfurt finanziell besser unterstützt und ausgebaut.

Die Stadtbücherei ist zu einer modernen Großstadtbibliothek geworden und wir wollen sie auf diesem Niveau weiter entwickeln. Hierzu bedarf es finanzieller und personeller Unterstützung für die Ausstattung und Gewährleistung zuverlässiger Öffnungszeiten. Ein weiteres Ziel ist es, bis zum Ende der Wahlperiode alle Schulen mit Schulbibliotheken auszustatten.

Kultur

Die Koalition bekennt sich zur Bedeutung der Kultur für die Identität einer modernen Bürgergesellschaft und den besonderen Verpflichtungen einer Kulturstadt. Die Kulturpolitik bleibt Werten und Traditionen verpflichtet, begegnet aber gleichzeitig allem Neuen wach und aufgeschlossen. In Frankfurt, der internationalsten Stadt Deutschlands, stoßen die großen Fragen der verschiedenen Kulturen früher und prägnanter aufeinander als andernorts. Es gilt, diese Bevölkerungsvielfalt als Chance zu begreifen und die Fähigkeiten aller Menschen zum Wohle der Stadtgesellschaft zu aktivieren. Eine erfolgreiche städtische Kulturpolitik, welche die Teilhabechancen der Bürgerinnen und Bürger an kultureller Bildung und kulturellen Angeboten erhöht, ist eine Grundvoraussetzung für Stabilität und sozialen Frieden.

Die Koalition von CDU und GRÜNEN verfolgt hierbei einen umfassenden Ansatz: Kulturelle Institutionen wie die Alte Oper, die Städtischen Bühnen, der Mousonturm und die Kunsthalle Schirn werden auch weiterhin als städtische Gesellschaften geführt und nachhaltig gefördert, um deren hohes Niveau und deren internationalen Stellenwert zu erhalten. Neben einer dauerhaften Institutionalisierung des Frankfurter Dialogmuseums soll auch das weltbekannte Museumsufer weiterentwickelt werden. Zentrale kulturpolitische Projekte für die Jahre 2011 – 2016 sind darüber hinaus vor allem die Erweiterung des Jüdischen Museums und des Museums der Weltkulturen gemäß dem Wettbewerbsergebnis am vorgesehenen Standort am Museumsufer sowie die weitere Förderung Frankfurts als Buch- und Literaturstadt. Es werden die Realisierung eines „Haus des Buches“ und erweiterte Präsentationsmöglichkeiten für den wertvollen Bestand des Freien Deutschen Hochstiftes, insbesondere der Exponate zur Romantik, angestrebt.

Die Unterstützung und Förderung der Freien Theaterszene bleibt ein wesentlicher Bestandteil der Kulturpolitik der Koalition. Die Stadt hilft beim Erhalt bestehender Kulturorte und unterstützt die Szene bei der Suche und Herausbildung neuer kreativer Orte.

Bereits in der vorangehenden Wahlperiode war die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen ein besonderer Schwerpunkt unserer Arbeit. Dieser Weg, der sich als sehr

erfolgreicher Schritt für eine musische Erziehung auf einem hohen Niveau erwiesen hat, soll weitergegangen werden. Deshalb wird auch die Arbeit der Museumspädagogik verstärkt, durch die Kinder und Jugendliche vermehrt an Kultur und Ästhetik und damit an hochqualitative Entfaltungsmöglichkeiten herangeführt werden.

Aber auch weitere Frankfurter Kulturinstitutionen sollen in die kulturelle Jugendbildungsarbeit mit eingebunden werden, z.B. durch die Schaffung einer Tanz-Experimentierstätte für Kinder und Jugendliche. Darüber hinaus streben wir mittelfristig die Einrichtung eines eigenständigen Kinder- und Jugendtheaters an. Dazu sollen die Umsetzungsmöglichkeiten geprüft werden.

Zu einem umfassenden Kulturangebot an die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt gehört selbstverständlich auch der Frankfurter Zoo, der nicht nur über einen sehr hohen Erholungswert verfügt. Im Rahmen eines 10-Jahresprogramms für anstehende Bauvorhaben soll dieser weiter modernisiert werden. Dadurch soll der Zoo zu einem Naturschutzpark werden, dessen Schwerpunkt die Erhaltung der Artenvielfalt und deren Lebensräume darstellt.

Für Frankfurts Weiterentwicklung zu „der“ Kultur- und Bildungsstadt Deutschlands ist aber auch ein dezernatübergreifendes Netzwerk „Kultur und Bildung“ unerlässlich, um die schon heute vorhandenen Ressourcen noch effektiver zu nutzen und um erfolgversprechende Ansätze der Kulturarbeit zu fördern und weiter zu entwickeln.

In Verbindung mit dem Ergebnisbericht der Perspektivkommission werden wir offensiv den weiteren Umbau des Fördersystems für die freie Tanz- und Theaterszene (darstellende Kunst) angehen und Handlungsansätze hinsichtlich mehr Transparenz, Nachwuchsförderung, Experimentiertheater und Qualität beschließen.

Vor diesem Hintergrund wollen wir - CDU und GRÜNE - Frankfurt auch als Film- und Tanzstandort weiter ausbauen. Wir wollen die Fortführung der Tanzoffensive und die Bildung eines Tanzschwerpunktes unter Federführung von Frankfurt LAB und Tanzlabor_21 auf dem Kulturcampus. Damit verbunden streben wir die Einrichtung eines Festivals für neue Formen darstellender Kunst an.

Die vorhandenen Aktivitäten der Stadt in Bezug auf die Unterstützung des Films als Kultur- und Wirtschaftsgut werden noch besser verzahnt und koordiniert. Für die in Frankfurt stattfindenden Filmfestivals wird sich die Koalition für den Erhalt oder ggf. die Suche nach geeigneten Veranstaltungsstandorten einsetzen.

Auch die Kultur im „Kleinen“, vor Ort in Stadtteilinstitutionen und –projekten, wird eine weitere Förderung erfahren: So soll etwa der Bolongaropalast in Höchst auf Grundlage von Ergebnissen der Planungswerkstatt weiter entwickelt werden, und die Planungen für die kulturelle Nutzung des Paradieshofs in Alt-Sachsenhausen werden intensiv weiterverfolgt.

Um die vielfältigen kulturellen Aktivitäten der Vereine und in den Stadtteilen zu unterstützen, wird die Koalition ein besonderes Augenmerk auf die Sanierung der Bürgerhäuser richten.

Weiterhin soll die Jugendkultur ein fester Bestandteil der vielfältigen Kulturszene unserer Stadt werden: Graffiti an privaten Flächen wird verurteilt, aber die Stadt Frankfurt wird in unserer Verantwortung Künstler bei der Suche nach geeigneten Flächen, wie z.B. Schallschutzwänden, Unterführungen oder Brückenpfeilern, für das legale Anbringen von Graffiti, Street- oder Urban-Art unterstützen.

Die Jugendbegegnungsstätte Anne-Frank ist eine wichtige Institution unserer Stadt und soll in die Zuständigkeit des Kulturdezernates überführt und mit den notwendigen Finanzmitteln ausgestattet werden.

Den Bunker in der Friedberger Anlage werden wir dauerhaft sichern. Mit der Realisierung der Gedenk- und Dokumentationsstätte als zentralem Ort der Auseinandersetzung mit den Tätern und für alle Opfergruppen des Nationalsozialismus wollen wir in dieser Wahlperiode beginnen.

Darüber hinaus werden wir für das ehemalige KZ Katzbach in den Adlerwerken, über das kein authentisches Material mehr vorhanden ist, neue Wege gehen und für die nächste Generation nach (künstlerischen) Formen der Auseinandersetzung mit diesem eminent wichtigen Teil und Ort der Geschichte Frankfurts suchen.

Soziales

Trotz der Finanzkrise ist es der Koalition von CDU und GRÜNEN gelungen, das hohe Niveau des Sozialerats zu halten. Diese hohen und deutschlandweit mustergültigen sozialen Standards wollen wir auch künftig sichern. Zentrales Ziel unserer Sozialpolitik ist es dabei, dass alle städtischen Sozialprojekte auf dem bisherigen Fundament weiterentwickelt und an die sich wandelnden Bedürfnisse und Herausforderungen der wachsenden Stadt Frankfurt angepasst werden. Wir wollen die soziale Isolation einzelner Bevölkerungsgruppen aufbrechen und gerechte Chancen für alle Frankfurterinnen und Frankfurter schaffen.

Hierbei kommt es vor allen Dingen darauf an, die ausgesprochen hohe Qualität der städtischen sozialen Projekte zu sichern. Jede Maßnahme muss sich daran messen lassen, ob sie die gewünschte Zielgruppe auch wirklich erreicht und ob soziale Ungerechtigkeiten nachhaltig bekämpft werden. Doppelstrukturen sollen abgebaut werden. Dieses gilt für neue Angebote genauso wie für bestehende. Aus diesem Grund wollen wir eine stadtteil- und sozialräumlich bezogene Bedarfsanalyse erstellen, die auch Grundlage einer zeitgemäßen Jugendhilfe in Frankfurt sein soll.

Diese sorgsame Prüfung ist eine notwendige Voraussetzung für eine eventuell notwendige Umschichtung von finanziellen Mitteln. Generell strebt die Koalition an, die bestehende Finanzierung der sozialen Projekte über einen festgelegten Zeitraum zu sichern. Der Vertrag für den sozialen Frieden einschließlich des Frankfurt Passes bleibt voll umfänglich erhalten. Die Inhalte werden wir an den aktuellen sozialpolitischen Bedürfnissen ausrichten.

Gleichzeitig wollen wir dafür Sorge tragen, dass der Bedarf an städtischen Hilfeleistungen nicht unnötig gesteigert wird. Aus diesem Grund wollen wir möglicherweise

problematischen Entwicklungen, die zu sozialen Verwerfungen führen könnten, bereits im Vorfeld begegnen: So ist die an Leistungsempfänger nach Sozialgesetzbuch II und XII sowie nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erstattete angemessene Grundmiete an den regelmäßig aktualisierten Mietspiegel der Stadt Frankfurt inklusive aller Zu- und Abschläge anzulehnen. Auch hierdurch wird ein zusätzlicher Druck zu teuren Umzügen vermieden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch weiterhin innovative Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme für Arbeitslose in Frankfurt ins Leben gerufen und gefördert werden. Die Landesmittel für die Arbeitsmarktförderung, die den Kommunen zur Verfügung gestellt werden sollen, wollen wir gezielt dort einsetzen. Insbesondere für den Bereich der Altenpflege könnten durch Qualifizierungsmaßnahmen neue Arbeitskräfte gewonnen werden.

Für das Rhein-Main-Jobcenter richten wir eine unabhängige, ehrenamtliche Schiedsstelle ein, an die sich Betroffene mit Anregungen und Beschwerden wenden können.

Besonders problematisch ist Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Wir werden in Frankfurt ein Jugend-Job-Center einrichten, in dem junge Menschen bis 25 Jahre, die einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz suchen, alle für sie wichtigen Dienstleistungen des Jugendamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des Rhein-Main-Jobcenters an einem Ort vorfinden. Ziel muss es sein, dass alle Jugendlichen in Frankfurt ein Ausbildungsangebot erhalten.

Das computerbasierte Projekt „Soziallotse“ wollen wir als zusätzliche Serviceleistung und Informationsangebot für Menschen mit geringen Einkommen etablieren.

Die von der Koalition geführte Stadt Frankfurt wird eine Kampagne gegen verdeckte Armut starten, um jene Menschen zu erreichen, die eigentlich anspruchsberechtigt sind, aber ihre Ansprüche nicht realisieren.

Ein Schwerpunkt unserer gemeinsamen Sozialpolitik sind die Frankfurter Jugendlichen und Senioren: So wird sich die Koalition gezielt dafür einsetzen, dass der Kinder- und Jugendschutz konsequent weiter ausgebaut und die Ganztagesbetreuung für Schülerinnen und Schüler voran gebracht wird. Wir wollen die frühzeitige Unterstützung für Kinder und Jugendliche in riskanten Lebenslagen verbessern. Darüber hinaus werden Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsdezernat ein abgestimmtes Interventionsprogramm für Schülerinnen und Schüler mit hohen Schulfehlzeiten auf den Weg bringen.

In der Präventionsarbeit für Jugendliche wollen wir eine Überprüfung des Modellprojekts „Haus des Jugendrechts“. Bei positiven Ergebnissen soll das Projekt um eine weitere Einrichtung im Frankfurter Norden erweitert werden.

Auch der begonnene und erfolgreiche Weg, die Stadt barrierefrei und damit seniorenfreundlicher zu gestalten, soll in den nächsten 5 Jahren zielstrebig weiter verfolgt werden. Wir werden die Nachrüstung von unterirdischen Haltestellen mit Aufzügen fortführen und das erfolgreiche Programm zur Umrüstung von Straßenbahn- und Bushaltestellen weiter fortsetzen, um vorhandene Zugangshemmnisse zu beseitigen. Bei den öffentlichen Gebäuden im Bestand muss das Ziel sein, in den nächsten Jahren

umfassende Barrierefreiheit zu erreichen. Barrierefreiheit muss in allen Planungsprozessen für den öffentlichen Raum und für öffentliche Gebäude eine Selbstverständlichkeit werden.

Die Frankfurter Seniorinnen und Senioren können sich darauf verlassen, dass für die Stadt ein eigener Pflegebedarfsplan aufgestellt wird. Um ein möglichst langes selbständiges Leben von Senioren zu gewährleisten, sind gleich mehrere Projekte vorgesehen: So sollen weitere „Smart-Märkte“ speziell in Siedlungen mit vielen Senioren etabliert und das Projekt „Seniorenrechtliches Geschäft“ umgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir - CDU und GRÜNE - den Bau von Mehrgenerationenhäusern, die Sicherstellung der nachträglichen Barrierefreiheit sowie senioren- und behindertengerechte Neubauten unterstützen und fördern.

Die Veranstaltungsreihe „Älter werden in Frankfurt“ wird als wichtiges Informationsforum in den Stadtteilen fortgesetzt.

Eine noch tragfähigere Vernetzung der Akteure im Seniorenbereich muss gerade auf der Stadtteilebene erreicht werden. Im Dialog mit dem Seniorenbeirat soll auf der Basis der gemeinsamen Beschlüsse der letzten Wahlperiode eine Reform des Gremiums erreicht werden: Senioren sollen und müssen ihr eigenes Umfeld verstärkt mitgestalten – denn wir stehen für eine pro-aktive Seniorenpolitik! Bei diesem Vorhaben ist eine weitere Verbesserung der ambulanten Versorgung von Senioren unverzichtbar. Aus diesem Grund wird das Programm „Wohnen zu Hause“ weiter ausgebaut werden.

Gesundheit

In einer älter und vielfältiger werdenden Gesellschaft ist die Schaffung gesunder Lebensbedingungen und die Sicherung des Zugangs gerade sozial schwacher Bevölkerungsgruppen zu gesundheitlicher Prävention und Versorgung die wichtigste Herausforderung für kommunale Gesundheitspolitik. Wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Weichen in diese Richtung gestellt, etwa durch den Aufbau einer hausärztlichen Grundversorgung für Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus und ihre Kinder und durch den Ausbau von Gesundheitsprävention für Kinder und ältere Menschen.

Wir wollen in den kommenden Jahren weiter daran arbeiten, aus Frankfurt eine „gesunde Stadt“ zu machen. Gemeinsam mit Partnern im Gesundheitssystem werden wir Gesundheitspräventionsprogramme vor allem für besondere Risikogruppen aufbauen. Grundlage hierfür ist ein weiterer Ausbau der Gesundheitsberichterstattung, um Ressourcen der Stadt und Dritter gezielt in die Bevölkerungsgruppen und Stadtteile zu lenken, die den größten Bedarf haben.

Gemeinsam mit dem Bildungsdezernat wollen wir insbesondere in Stadtteilen mit erhöhtem Hilfebedarf ein Programm für ein gesundes Umfeld in Kindertagesstätten auflegen, analog zu dem Programm „Gesunde Schule“. Dabei werden auch die Eltern gezielt in die gesundheitsfördernde Arbeit einbezogen.

Wir verbessern die frühzeitige Unterstützung für Kinder und Jugendliche in riskanten Lebenslagen. Dazu werden wir das Programm der Frühen Hilfen ausbauen.

Wir wollen Hilfsangebote für Männer und Frauen schaffen und ausbauen, die sich prostituieren. Die AIDS-Prävention und Aufklärung bleibt ein Schwerpunkt unserer Gesundheitsarbeit.

Wir wollen die Suchtprävention im Bereich der legalen Süchte und der Verhaltenssüchte stärken, u. a. mit einem Programm gegen riskanten Alkoholkonsum und Alkoholismus, das den Jugendschutz stärkt, die Schwellen zu den Hilfsangeboten absenkt und vorhandene Hilfesysteme besser vernetzt.

Wir werden die tagesstrukturierenden Angebote für Drogenabhängige ausbauen. Einen besonderen Schwerpunkt werden wir auf den Schutz von drogenabhängigen Frauen legen und ihnen die notwendigen Schutzräume, Beratungs- und Hilfsangebote, Hilfen zum Ausstieg aus dem Teufelskreis von Sucht und Prostitution zugänglich machen.

Das Klinikum Frankfurt-Höchst bleibt in kommunaler Hand. Wir werden das Klinikum als Haus der Maximalversorgung stärken, wirtschaftlich sanieren und mit dem Neubau in eine gesicherte Zukunft führen.

Die Stadt wird schließlich ihre Möglichkeiten verstärkt nutzen, um die Attraktivität des Pflegeberufs zu erhöhen und Nachwuchs für diese wichtigen Berufe auszubilden.

Frauen

Frauenpolitische Themen sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Stadt Frankfurt hat sich mit dem Frauenreferat frühzeitig an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt. Das Frankfurter Frauenreferat und die Fraueninfrastruktur Frankfurts sind in Deutschland mit ihren Maßnahmen, Angeboten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen bundesweit führend und beachtet. Wir wollen, dass das Frauenreferat handlungsfähig bleibt und im Sinne der Stadt weiterhin die Infrastruktur von und für Frauen unterstützen kann und ausreichende Mittel für eigene innovative Projekte zur Verfügung hat.

Die Stadt Frankfurt unterschreibt die Europäische Charta für die Gleichstellung. Das Frauendezernat wird mit der entsprechenden Erarbeitung eines Konzepts für die Umsetzung in Frankfurt am Main beauftragt und erhält hierfür die personellen und finanziellen Mittel. Neben der beruflichen Förderung von Frauen soll einer der Schwerpunkte dieses Konzepts der wirksame Gewaltschutz von Frauen sein.

Frauen sind in der Frankfurter Stadtverwaltung auch auf den Führungsebenen gut vertreten. In Gesellschaften mit städtischer Beteiligung sind Frauen in der Führung jedoch unterrepräsentiert. Nur dort, wo politische Mandatsträgerinnen in Aufsichtsräten und Vorständen sind, sehen die Zahlen besser aus. Die Koalition will im Zuge von Neubenennungen und -einstellungen mindestens 30% Frauen auf die Führungsebene bei Gesellschaften mit städtischer Beteiligung bringen.

Finanzen

Die Koalition setzt ihre solide Finanzpolitik fort und hält an einer weiterhin konsequenten und nachhaltigen Konsolidierung des städtischen Haushaltes fest. Hierzu gehört die Vermeidung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel dauerhaft ausgeglichener Haushalte. Steigende Steuereinnahmen werden vorrangig zum Abbau von Schulden und der Bildung von Rücklagen verwendet. Angesichts begrenzter Ressourcen werden wir eine umfassende Debatte in allen Themenfeldern führen, welche Leistungen die Stadt erbringen soll, welche Ziele erreicht werden sollen und welche finanziellen Mittel dafür aufzuwenden sind.

Auch in Zukunft werden Ausschreibungen, langfristige Instandhaltungsverträge und öffentlich-private Partnerschaften für uns Instrumente einer nachhaltigen Finanzpolitik sein, die wir in jedem Einzelfall transparent auf ihre Risiken und ihren Nutzen prüfen werden.

In der städtischen Förderpolitik gilt der Grundsatz Projektförderung vor institutioneller Förderung, und die freiwilligen Leistungen der Stadt sind bedarfs- und ergebnisorientiert stets auf ihre Notwendigkeit und Effizienz hin zu überprüfen.

In der mittel- und langfristigen Finanzplanung ist neben den Mitteln für die Beseitigung des Rückstaus bei der Sanierung von Gebäuden und Straßen die Einstellung von ausreichenden Mitteln zur laufenden Unterhaltung der Infrastruktur sicherzustellen. Die Koalition wird keine Privatisierungen in den Kernbereichen der öffentlichen Daseinsversorgung, bei den Wohnungsgesellschaften und den maßgeblichen Beteiligungen der Stadt Frankfurt vornehmen.

Das Konzept zum Frankfurter Bürgerhaushalt wird erstmals mit der Haushaltsplanaufstellung zum Haushalt 2013 umgesetzt. Vor dem Ende der Wahlperiode 2011-2016 soll auf Basis der bis dahin gesammelten Erfahrungen über grundsätzliche Änderungen und Weiterentwicklungen beraten werden.

Wirtschaft

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik von CDU und GRÜNEN wird fortgesetzt werden. Frankfurt am Main hat sich in der weltweit konjunkturell schwierigen Phase sehr gut behaupten können. Ein starker Wirtschaftsstandort ist Garant für Wohlstand und soziale Sicherheit, er ermöglicht überhaupt erst das Erbringen von Investitionen, zum Beispiel im Bereich Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohnungspolitik. Schwerpunkt der Arbeit der Frankfurter Wirtschaftsförderung sind Bestandspflege, Stärkung der Schlüsselbranchen u.a. durch strukturpolitische Projekte sowie eine aktive Ansiedlungspolitik.

In der vergangenen Wahlperiode gab es große Erfolge mit Ansiedlungen von Unternehmen in Frankfurt, teilweise auch mit hohen Mitarbeiterzahlen. In der Mitte der Wahlperiode erfolgt eine Überprüfung des Gewerbesteuerhebesatzes hinsichtlich einer möglichen Senkung. Dabei sind die Anforderungen an den Wirtschaftsstandort, die Notwendigkeit des Schuldenabbaus und die Beibehaltung der sozialen Standards besonders zu berücksichtigen.

Um die Schlüsselbranchen der Stadt Frankfurt am Main zu stärken, werden folgende Maßnahmen umgesetzt:

Gemeinsam mit dem Träger des FIZ (Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie) soll überprüft werden, ob eine Erweiterung des FIZ für die forschende Industrie möglich ist.

Es soll ein Kompetenzzentrum Industrie in der Wirtschaftsförderung installiert werden, das in enger Abstimmung mit der Stadtplanung Maßnahmen zur Absicherung des Industriestandortes Frankfurt am Main in die Wege leitet. Das industriepolitische Leitbild der Stadt wird weiterentwickelt und ein industriepolitischer Masterplan erstellt.

Die Stadt wird zusammen mit der Wirtschaftsförderung und dem Energiereferat modellhaft in Frankfurt ein Gewerbegebiet zu einem „grünen Gewerbegebiet“ weiterentwickeln – mit neuen Konzepten der Mobilität, mit energetisch optimalen und begrünten Bauten und mit nachhaltiger Ressourcennutzung durch die ansässigen Betriebe.

Frankfurt ist der Digital-Hub in Deutschland und Europa. Die bestehende Infrastruktur muss ausgebaut werden. Der neu gegründete Verein Digital Hub FrankfurtRheinMain initiiert unter Beteiligung der Frankfurter Wirtschaftsförderung einen Maßnahmenplan, um diesen einzigartigen Wettbewerbsvorsprung auch in Zukunft erhalten zu können. Auf dem weiteren Weg zur Green City sind auch Konzepte notwendig, um bei den Firmen dieser Branchen Energieeinsparungen durchzuführen.

Die Kreativwirtschaft soll in Frankfurt weiter gestärkt werden. Die bisherigen Veranstaltungen und Maßnahmen zur Förderung dieser Branche sollen fortgeführt und intensiviert werden. Um insbesondere für die Nachwuchsarbeit dieser Branche Akzente zu setzen, soll die Idee eines Praktikantenwohnhauses geprüft werden. Das Prototypen-Förderprogramm der Video- und Computerspielbranche soll gemeinsam mit dem Land realisiert werden.

Der Finanzplatz Frankfurt prägt das Renommee der Stadt Frankfurt am Main weltweit. Die Stärkung dieser Branche hat positive Effekte auf viele andere Branchen, vor allem aus dem Dienstleistungsbereich, wie zum Beispiel Agenturen, Anwälte und Berater. Die zielgerichtete Unterstützung von Ansiedlungen aus diesem Bereich und die Arbeit von Einrichtungen und Institutionen wie EZB, Eiopa und eine mögliche europäische Banken- und Börsenaufsicht sowie MainFinance sind daher immens wichtig für den Standort Frankfurt am Main.

Die Logistik- und Mobilitätsbranche wird durch die Arbeit der HoLM GmbH als eine weitere zukunftsstragende Säule des Wirtschaftsstandorts Frankfurt am Main mit internationaler Ausstrahlung ausgebaut.

Es soll in Zusammenarbeit mit der IHK und anderen Interessensvertretungen ein Projekt gegen die Folgen des demographischen Wandels gestartet werden, um künftigem Fachkräftemangel entgegenwirken.

Frankfurt am Main soll Gründerhauptstadt der Bundesrepublik werden. Das gründungsfreundliche Klima unserer Stadt wird durch nachhaltige Projekte wie den Frankfurter Gründerfonds, den Frankfurter Gründerpreis und den neu aufgelegten

Programmen für günstige Räume für Kreative begünstigt. Das Gründungsnetzwerk mit seinen Akteuren wie Jump und Kompass wird weiterhin gefördert. Für das Existenzgründerzentrum Kompass soll es eine Standortsicherung und Fortführung geben.

Für erfolgreiches Wirtschaften am Standort Frankfurt ist die Lebensqualität ein wichtiges Kriterium. Zu den weichen Standortfaktoren zählen auch vitale Stadtteile. Um die Qualität der Wohn- und Arbeitsquartiere in den einzelnen Stadtteilen zu erhalten und auszubauen, wird ein spezielles Programm aufgelegt. Die Umsetzung des Einzelhandelskonzepts, damit die Stadt noch klein- und mittelstandsgewerbefreundlicher wird, ist ein wichtiger Baustein. Hinzu kommt die enge Zusammenarbeit mit den Gewerbevereinen. In enger Vernetzung der Wirtschaftsförderung mit dem Umweltamt, dem Grünflächenamt, dem Straßenverkehrsamt (Busse zurück in die Einkaufsstraße) und dem Stadtplanungsamt (ansprechendes Bild in den Einkaufsstraßen / Grundstücke können zusammengelegt werden, um Geschäfte mit Magnetwirkung in die Einkaufsstraßen zu holen) werden die Strukturen in den Stadtteilen belebt. Das Zusammenspiel mit Ortsbeirat, Vereinen, Präventionsrat, Schulen, Kindertagesstätten und sozialen Einrichtungen in den jeweiligen Stadtteilen trägt zu einer weiteren Verbesserung der Situation in den Stadtteilen bei.

Es wird eine intensivere Zusammenarbeit von Schulen und Wirtschaft angestrebt mit dem Ziel, Wirtschaftsbeziehungen besser kennenzulernen und Verständnis für unternehmerisches Handeln zu stärken.

Auf dem Weg zur Green Capital sollen Bürgerfonds für klein- und mittelständische Betriebe für energetische Investitionen (Heizungssanierungen, etc.) fortgeführt werden. Zur Unterstützung der Bemühungen für eine nachhaltige Stadt werden Unternehmen mobilisiert, sich mit ihren jeweiligen Kapazitäten und Ideen einzubringen. Für die Region FrankfurtRheinMain soll ein Forschungs- und Anwendungsnetzwerk zum Thema Nachhaltigkeit gegründet werden.

Der Standort Frankfurt soll als Tourismus- und Kongressstandort weiter gestärkt werden. Dabei sollen sowohl bei den Investitionen wie zum Beispiel die der Messe Frankfurt (neues Kongresscenter) als auch bei den inhaltlichen Angeboten der Tourismus- und Kongress GmbH die Kriterien der Nachhaltigkeit einen besonderen Stellenwert erhalten.

Sport

Frankfurt am Main ist eine Sportstadt. Es hat sich gezeigt, dass es infolge der allgemeinen Entwicklung der Situation des Profisports umso wichtiger ist, die Leistungen für den Breitensport zu intensivieren. Nach einem großartigen Investitionspaket in die Infrastruktur der Frankfurter Sportanlagen gibt es jedoch noch hochinvestive Projekte, die zurückgestellt wurden und deren Umsetzung nun für die Stadtteile wichtig ist. Die Bezirkssportanlage Frankfurter Bogen (Sportanlage & Dreifeld-Sporthalle) und die Sporthalle Nieder-Eschbach sind hier zu erwähnen.

Für die Weiterentwicklung der Sportstadt Frankfurt am Main ist die Umsetzung der Sportentwicklungsplanung unumgänglich. Dabei sollen Vereine und nicht vereinsgebundener Sport gestärkt werden. Es soll Sportangebote für alle Generationen geben.

Die Jugendarbeit in den Vereinen soll weiter gefördert werden.

Die Vielfalt der Bäderlandschaft soll erhalten bleiben. Es ist ein Nutzungskonzept zum Interessenausgleich von Vereinssport und Freizeitschwimmern zu erarbeiten.

Hochkarätige Sportveranstaltungen (Ironman, Marathon, Radrennen) sollen in Frankfurt weiterhin gute Bedingungen vorfinden, so dass sie dauerhaft gehalten werden können. Sie tragen nicht nur zum Ruf der Sportstadt bei, sondern sie haben einen hohen volkswirtschaftlichen Effekt und eine hohe Anziehungskraft für Besucher und Gäste.

Die Stadt Frankfurt unterstützt ein regionales Projekt „Multifunktionshalle“ mit der Maßgabe, dass Bau und Betrieb von privaten Investoren übernommen werden. Die Stadt prüft die Beteiligung durch Grundstücksvergabe. Dieses Projekt ist wichtig für unsere erfolgreichen und beliebten Hallensportarten wie Basketball, Eishockey und Handball. Eine Multifunktionshalle trägt durch Nutzungsmöglichkeiten für Konzerte und Veranstaltungen zu einem zusätzlichen Kulturangebot und Imagegewinn bei. Dabei soll die neue Halle in punkto Energieverbrauch ein Leitprojekt sein.

Integration

Die erfolgreiche Integrationspolitik der Stadt Frankfurt wird auf der Basis des mit breiter Mehrheit beschlossenen Integrationskonzeptes fortgesetzt. Wir treten weiterhin entschieden gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ein. Wir lehnen Gewalt, Diskriminierung, Antisemitismus und Fundamentalismus ab. Dies gilt auch für Überlegenheitsgefühle, die aus überzogenem Nationalismus oder einer Religionszugehörigkeit oder Weltanschauung abgeleitet werden. Migrantinnen und Migranten und unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sollen gleichberechtigte Teilhabechancen und Zugangsmöglichkeiten zu allen Bereichen der Gesellschaft haben.

Die Stadt Frankfurt tritt dafür ein, dass individuelle Freiheiten im Sinne des Grundrechtskatalogs des Grundgesetzes uneingeschränkt gelten. Die Stadt Frankfurt steht für eine Willkommenskultur gegenüber allen Menschen.

Wir haben den Zugang zur medizinischen Grundversorgung und zu Schulbildung für Menschen mit unklarem Aufenthaltsstatus und ihre Kinder bereits verbessert. Die Verbesserung der sozialen Lage von Flüchtlingen und Menschen, die ohne Aufenthaltsstatus in Frankfurt leben, wird ein Schwerpunkt auch in der kommenden Wahlperiode sein.

Wir werden das Amt für Multikulturelle Angelegenheiten, insbesondere personell, so stärken, dass die Umsetzung des Integrationskonzeptes sowie die Wahrnehmung der in ihm beschriebenen Aufgaben erfolgen können.

Verkehr

Zu einer leistungsfähigen und gleichzeitig lebenswerten Stadt gehört auch ein Verkehrskonzept, das die Mobilität und bestmögliche Umweltverträglichkeit durch Flexibilität und Verknüpfung aller Verkehrsmittel sicherstellt und den vielfältigen Bedürfnissen aller Frankfurter Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. CDU und GRÜNE werden hierbei einen besonderen Schwerpunkt auf die Qualitätssteigerung und verbesserte Attraktivität des ÖPNV in Frankfurt legen.

Hierbei ist eine weitere Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr unerlässlich. Dazu gehören die Verbesserung von Sauberkeit und Beleuchtung. Der beste Service und die beste Sicherheit im ÖPNV werden durch ansprechbare Menschen erreicht. In diesem Sinne werden wir den Fahrgast-Begleitservice der VGF erhalten und weitere Schritte für mehr personelle Präsenz und Dienstleistung einleiten. Die Sicherheit soll vor allem durch noch mehr Zugbegleiter in den U-Bahnen ab 20.00 Uhr und Aufsichtspersonal an bestimmten Stationen („Menschen schaffen Vertrauen“) gewährleistet werden. Verstöße gegen die Hausordnung oder die Beförderungsvorschriften, insbesondere in Hinblick auf Alkoholmissbrauch, sollen konsequent geahndet werden.

Wir werden auch die Deutsche Bahn nicht aus ihrer Verantwortung entlassen ihre Bahnhöfe zu sanieren und barrierefrei umzubauen, wie z.B. den Bahnhof Höchst.

Die Attraktivität des Frankfurter ÖPNV wird auch über den weiteren Ausbau des Streckennetzes gesteigert: Auf der Basis der Ende 2010 beauftragten Machbarkeitsstudie soll der Lückenschluss der Stadtbahn zwischen Ginnheim und Bockenheim (DII) entwickelt werden. Dabei wird eine weitgehend oberirdische Lösung angestrebt. Die Ziele der Bürgerinitiative zum wichtigen und notwendigen Lückenschluss sollen dabei aufgegriffen werden.

Die Barrierefreiheit des öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne körperlichen, geistigen und seelischen Behinderungen in unserer Gesellschaft. Aus diesem Grund werden wir schrittweise die Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr herstellen. Barrierefreiheit bedeutet nach unserem Verständnis nicht nur die Herstellung eines stufenlosen Zugangs für mobilitätseingeschränkte Menschen, sondern auch die Nutzbarkeit für blinde, seh- und hörbehinderte Menschen.

Auch den Tarifen des Frankfurter ÖPNV kommt eine besondere Bedeutung bei der Attraktivitätssteigerung zu: Die bestehenden ÖPNV-Tarifstrukturen sollen daher dahingehend überprüft werden, ob beispielweise Zwischentarife oder ein Ballungsraumtarif eingeführt werden können. Überdies wollen wir die Übergänge zwischen den einzelnen Tarifzonen überprüfen und die Zeitkarten optimieren. Die Wirkung, der im Sommer 2011 anstehenden Vergünstigung der Clever-Card für Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende wird zu gegebener Zeit ausgewertet, um zu prüfen, ob sich eine weitere Preisreduzierung realisieren lässt. Für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern werden wir eine günstige Wochenendkarte einführen.

Wir wollen die Aufenthaltsqualität und die gleichberechtigte Mobilität in der Innenstadt und am Mainufer weiter verbessern und dazu die Barrierewirkung der Berliner Straße und des Mainkai verringern. Unter grundsätzlicher Beibehaltung der heutigen Verkehrsführung und teilweiser Verlagerung des Durchgangsverkehrs wollen wir Raum für Radfahrstreifen, breitere Gehwege und Begrünung schaffen.

Zur besseren Verknüpfung von ÖPNV und Radverkehr werden die Bike & Ride-Angebote weiter ausgebaut und beim Umbau der Plätze am Hauptbahnhof ein Fahrradparkhaus eingeplant, sowie die Realisierung eines weiteren Fahrradparkhauses in der Innenstadt geprüft.

Durch die Installierung eines integrierten Messeverkehrsleitsystems wird eine bessere Steuerung des Messeverkehrs angestrebt. Um diesen wirtschaftlich bedeutenden Verkehr effektiv und zugleich stadtverträglich abzuwickeln, wollen wir zusätzlich das bestehende Straßensystem am Rebstock verbessern. Doch auch in anderen verkehrsbelasteten Stadtteilen wird die Infrastruktur angepasst: So wird auch bei der Ortsumfahrung Praunheim auf der Grundlage einer unverändert gültigen Gesamtplanung der 1. Bauabschnitt bis zum Praunheimer Weg vorangetrieben.

Das Thema Lärmschutz soll in dieser Wahlperiode deutlich vorangebracht werden: Dazu haben wir uns vorgenommen, die geltende Höchstgeschwindigkeit nachts verschärft zu kontrollieren. Dazu wird die Straßenverkehrsüberwachung in die Lage versetzt, die Einhaltung der geltenden Höchstgeschwindigkeiten auch nachts wirksam zu kontrollieren und durchzusetzen, um so insbesondere den Lärmschutz in der gesamten Stadt zu verbessern. Zudem soll ein Modellversuch gestartet werden, der die Wirksamkeit der Herabsetzung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h während der Nachtstunden (22-6 Uhr) auf fünf einzelnen Abschnitten der Hauptverkehrsstraßen auf den hierfür im Lärminderungsplan des Regierungspräsidiums Darmstadt als grundsätzlich geeignet erachteten Strecken überprüft. Die Ortsbeiräte werden bei der Auswahl der Tempo-30 Abschnitte eingebunden. Die Ergebnisse der Geschwindigkeitskontrollen und des Modellversuches werden einer Evaluierung hinsichtlich des tatsächlichen Lärmschutzes unterzogen.

Wir wollen zwischen Bornheim und dem Huthpark mit Hilfe eines Deckels auf dem zwischen der Friedberger und der Seckbacher Landstraße gelegenen Abschnitt der A 661 neue Wohnbauflächen erschließen, Grünräume verbinden und die angrenzenden Wohnviertel vor Lärm schützen. Wir sehen dabei Bundes- und Landesregierung in der Verantwortung, sich an einer solchen modellhaften Verbindung von Stadtreparatur und Lärmschutz zu beteiligen. Die geplanten Lärmschutzwände entlang der Siedlung New Atterberry werden ungeachtet der Entscheidung über eine Einhausung realisiert, um dort eine möglichst schnelle Entlastung vom Lärm zu erreichen. Für den angrenzenden Abschnitt der A 661 zwischen Seckbacher Landstraße und Autobahndreieck Erlenbruch werden wir die technische und finanzielle Machbarkeit eines weiter verbesserten Lärmschutzes bis hin zu einer Einhausung untersuchen und ggf. gemeinsam mit der Bundes- und Landesregierung umsetzen. Das Gutachten sollte auch klären, welche Lärminderung technisch erreichbar ist.

CDU und GRÜNE werden darüber hinaus sicher stellen, dass auch die Trennungswirkung der Eschersheimer Landstraße durch die U-Bahnlinie verringert wird. Wir wollen eine erhöhte Sicherheit für die Querung durch Fußgänger und Radverkehr unter dem Aspekt der Barrierefreiheit sicherstellen; hier sind vor allem die Haltestellen „Fritz-Tarnow-Straße“ und „Dornbusch“ zu nennen. Die bestehenden Beschlüsse hinsichtlich der baulichen Umgestaltung der U-Bahnstation „Hügelstraße“ sollen zügig umgesetzt werden. Außerdem werden wir nördlich der Hügelstraße die Fahrspuren zugunsten einer sicheren Führung des Radverkehrs unter Berücksichtigung des Bedürfnisses nach Parkmöglichkeiten umgestalten.

Ein weiterer zentraler Baustein unserer Verkehrspolitik für Frankfurt ist der bedarfsgerechte Bau von neuen Quartiersgaragen in den Stadtteilen. Bei diesen Maßnahmen soll grundsätzlich gewährleistet sein, dass neu gewonnene Oberflächen stadtplanerisch wertvoll - wie beim Bornheimer „Rosengärtchen“ - gestaltet werden. Durch den Bau von Quartiersgaragen muss es eine Rückgewinnung des öffentlichen Raums geben.

Wir wollen die Regelungen zur Schaffung oder Einschränkung von Stellplätzen rechtssicher weiterentwickeln. Dabei sollen besonders die Entlastung des öffentlichen Raums vom ruhenden Verkehr, die Einbeziehung des Radverkehrs und die Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr berücksichtigt werden. Neue Investitionshemmnisse, insbesondere beim Wohnungsbau, sollen hierdurch nicht entstehen.

Beim Radverkehr streben wir eine weitere Steigerung an. Das bestehende Radwegenetz soll daher weiter ausgebaut und noch bestehende Lücken geschlossen werden. Für die Frankfurter Hauptverkehrsstraßen prüfen wir, wie man eine sichere, durchgehende Verkehrsführung für Radfahrer herstellen kann, um unter anderem Konflikte auf Gehwegen zu vermeiden.

Ein wichtiges Ziel unserer Verkehrspolitik ist die weitere Steigerung der „Nahmobilität“ (der individuellen, nichtmotorisierten Mobilität), mit der die Lebensqualität in den Stadtteilen weiter verbessert werden soll. Wir werden die positiven Erfahrungen des Modellprojektes „Nahmobilität im Nordend“ auf weitere Stadtteile ausweiten und sie stadtweit zur Grundlage einer Politik machen, die die Lebensqualität in den Stadtteilen erhöht.

Planen

Wir wollen eine Stadtentwicklung, durch die Frankfurts Attraktivität erhalten und gesteigert wird. Mit einer überlegten Planungspolitik wollen wir erreichen, dass weitere Unternehmen angesiedelt werden und auch zukünftige Generationen Frankfurt als ihren Lebensmittelpunkt wählen. Es steht hierbei prinzipiell außer Frage, dass die wesentlichen planungspolitischen Entscheidungen auch in Zukunft von der Stadtverordnetenversammlung getroffen werden. Zugleich müssen die Ortsbeiräte auch bei größeren Planungsvorhaben vorrangig der Ansprechpartner vor Ort sein.

Als Koalition wollen wir dafür Sorge tragen, dass laufende Bebauungsplanverfahren zügig bearbeitet und umgesetzt werden. Wir wollen eine Überprüfung der sinnvoll zu nutzenden Innenentwicklungspotenziale für Wohnen, Gewerbe und den Klimaschutz, z.B. durch die Überarbeitung der Bebauungspläne der Stadt Frankfurt aus den 60er und 70er Jahren („Rahmenkartenpläne“) im Hinblick auf ihre Nachhaltigkeit. Wir - CDU und GRÜNE - stehen für eine moderne und zukunftsorientierte Wohnbaulandentwicklung. Durch eine aktive Grundstückspolitik („Kaufen“ statt „Verkaufen“) soll der bestehende Grundbesitz der Stadt Frankfurt dauerhaft gesichert und vermehrt werden. Vor diesem Hintergrund soll die Stadt Frankfurt in der Regel Grundstücke zukünftig nur noch in Erbpacht vergeben.

Die Innenstadt ist als lebendiges, lebenswertes Zentrum weiterzuentwickeln. Dazu gehören insbesondere ein attraktiver öffentlicher Raum mit viel Grün und deutlich weniger Verkehrsflächen, eine Reduzierung der Trennungswirkung der großen Verkehrsschneisen (Anlagenring, Berliner Straße und Mainuferstraße). Eine maßvolle Nachverdichtung ist dabei prinzipiell möglich. Die charakteristischen Objekte des Wiederaufbaus sind zu erhalten und zu pflegen. Eine Verdrängung von Kulturprojekten soll vermieden werden. Die Planungspolitik konzentriert sich im Innenstadtbereich auf die Seitenstraßen der Zeil. Hier werden entsprechende finanzielle Prioritäten gesetzt.

Bei der Neubebauung des Dom-Römer-Areals werden wir den bisherigen Kurs weiterverfolgen, ein lebendiges Altstadtquartier zu errichten und die Charakteristik des historischen Stadtkerns wieder erlebbar zu machen.

Dem historisch gewachsenen Gebäudebestand gilt ebenso unser besonderer Augenmerk: dieser soll energetisch optimiert werden, aber nur in enger Absprache mit dem Denkmalschutz. Das sehr gute Förderprogramm zum Erhalt der historischen Bausubstanz im Stadtteil Höchst soll auf weitere Stadtteile ausgedehnt werden. Das von der Bauaufsicht bereitgestellte Serviceangebot „Stadtteilarchitekten“ soll auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden. Gleichzeitig sollen die Stadtteilarchitekten eine umfassende Schulung erhalten, die es ihnen ermöglicht, sowohl in Fragen des Denkmalschutzes als auch im Hinblick auf Energieeffizienz kompetent zu beraten.

Auch in der Stadtteilentwicklung gehen wir neue Wege: An zwei Beispielprojekten (ein neu zu entwickelnder Stadtteil, ein Stadtteil im Bestand) soll eine in allen Bereichen nachhaltige Stadtteilentwicklung aufgezeigt werden, die soziale Herausforderungen wie den demographischen Wandel und die soziale Integration, wirtschaftliche Aspekte wie die Nahversorgung und die Stärkung des Einzelhandels und ökologische Aspekte wie die Energieeffizienz der Gebäude und nachhaltige Mobilitätskonzepte verknüpft. Dazu gehört auch die Barrierefreiheit. In den Modellstadtteilen sollen systematisch die Rahmenbedingungen für eine Mobilität ohne Auto verbessert werden. Es ist ein erklärtes Ziel unserer Arbeit, dass Planungsprozesse - insbesondere bei Großvorhaben wie dem Campus Bockenheim oder der Entwicklung des Europaviertels, des Henninger-Areals oder des Riedbergs - noch besser kommuniziert werden.

Wir wollen insbesondere die Planung für den neuen Stadtteil auf dem Campus Bockenheim mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung vorantreiben. Ermöglicht durch den vorgesehenen Kauf des Geländes durch die ABG Holding wollen wir eine Entwicklung „aus einem Guss“, die trotzdem eine Vielzahl von weiteren Projektpartnern einschließt. Gemeinsam mit dem Land Hessen und den Mitgliedsinstitutionen des

„Forums Kulturcampus Bockenheim“ soll ein Ort der Moderne mit internationaler Ausstrahlung realisiert und dazu möglichst rasch ein erster kreativer Kulturort etabliert werden. Auf dem alten Unigelände sollen möglichst viele Wohnungen und diese als modellhaft nachhaltiger Stadtteil realisiert werden. Die eine Hälfte der Sozialwohnungen auf dem nördlichen Areal Campus Bockenheim wird als Objektförderung, die andere Hälfte als ein Modellprojekt für Subjektförderung realisiert. Beide Verfahren werden hinsichtlich Handhabung, Zielgruppenorientierung und Kosten für die Stadt ausgewertet. Als Teil der Geschichte dieses Ortes wird angestrebt, neben der Prüfung, ob das Philosophikum erhalten werden kann, die Dondorfsche Druckerei und das Studierendenhaus zu erhalten und in die neuen Nutzungen zu integrieren.

Im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung von Stadtteilen spielt auch die Erreichbarkeit und die Qualität von Spielflächen eine wesentliche Rolle. In Stadtteilen mit einer deutlichen Unterversorgung sollen neben dem Ankauf von Flächen für Bewegungsräume für Kinder auch die Einrichtung von Spielstraßen und Spielpunkten geprüft und umgesetzt werden. Bei der Spielplatz- und Spielraumgestaltung werden wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen sowie der Mädchen und Jungen stärker in den Blick nehmen und diese auch an der Gestaltung beteiligen.

Wohnen

Die Koalition steht für das Ziel, dass allen Bevölkerungsschichten in Frankfurt ausreichender und bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Die Stadt Frankfurt soll als Wohnstandort gefördert werden, wobei auf eine ausgewogene Mischung der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zu achten ist. Die Koalition wird daher ein Konzept zur Wohnbaulandentwicklung erstellen, das den zukünftigen Flächenbedarf aufzeigt, Zeitziele anbietet und konkrete Maßnahmen bezüglich Planung, Umlegung und Erschließung enthält. Die zügige Nutzbarmachung identifizierter und schon vorhandener Wohnungsbaupotenziale durch die Stadt soll gegenüber einer weiteren Flächenausweisung besondere Priorität genießen.

Zudem soll die Stadt Frankfurt in geeigneten Fällen in Stadtteilen mit besonders hohem Verwertungsdruck vermehrt von ihrem Vorkaufsrecht gemäß §24 BauGB Gebrauch machen. Auf diese Weise sollen notwendige Preisdämpfungen erzielt und Luxussanierungen mit einer einhergehenden Zunahme von Segregation verhindert werden. Durch diesen weitreichenden Ansatz wird ein größerer Einfluss der Stadt auf die Wohnungsbauentwicklung ermöglicht. Der Koalition sind die Probleme auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt sowohl bei der Miete als auch beim Eigentumserwerb bewusst.

Das Programm „Wohnen in Frankfurt 2009 – 2013“ soll auf seine Wirksamkeit überprüft und, gegebenenfalls verbessert, fortgesetzt werden. Die bestehenden städtischen Förderprogramme für Mietwohnungsbau und für gemeinschaftliches und genossenschaftliches Wohnen werden, soweit noch nicht geschehen, um eine finanzielle Kompensation für erhöhte Grundstückspreise ergänzt. Das Förderprogramm wird durch ein einzuführendes Segregationsmonitoring, das regelmäßig (ca. alle 2 Jahre) durchzuführen ist, begleitet.

In Stadtteilen mit besonders hohem Umwandlungsdruck sollen Milieuschutzsatzungen erlassen oder bestehende Erhaltungssatzungen um Milieuschutzkomponenten erweitert werden. Darüber hinaus will die Koalition aus CDU und GRÜNEN sicherstellen, dass bei der Erarbeitung der zukünftigen Mietspiegel energetische Kriterien, auf Basis des Energieausweises, noch stärker als bisher berücksichtigt werden. Das Energierreferat soll an der Erstellung dieser Mietspiegel beteiligt werden.

Die Koalition strebt an, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Frankfurter Hauseigentümer die Fördermittel des Bundes zur energetischen Sanierung zügig abrufen und gut für die Modernisierung ihres Bestandes nutzen können. Unter unserer Verantwortung wird die Stadt erforderlichenfalls dabei mitwirken, Umsetzungshindernisse aus dem Weg zu räumen und prüfen, ob gegebenenfalls Lücken in den Förderprogrammen, insbesondere für Liegenschaften mit einkommensschwachen Mietern, durch städtische Förderprogramme geschlossen werden können.

Wir werden ein zusätzliches Aktionsprogramm auflegen, um eine bessere Verteilung der Fördermittel auch auf einkommensschwache Familien auszudehnen.

Bei Wohnneubauprojekten, bei denen die Stadt über Bebauungspläne oder städtebauliche Verträge entsprechenden Einfluss nehmen kann, sollen künftig generell 30% für den geförderten Wohnungsbau reserviert werden. Dabei entfallen mindestens 15% auf den 1. Förderweg. Die restlichen Anteile entfallen auf städtische Förderprogramme, wie beispielsweise das „Familien- und Seniorenprogramm“. Die Koalition setzt sich auch für eine Förderung von innovativen Wohnprojekten und Projekten des gemeinschaftlichen Wohnens, sowie die Förderung für mittlere Einkommensschichten, die sich über den Margen des Familien- und Seniorenprogramms befinden, ein.

Zur Förderung innovativer und gemeinschaftlicher Wohnprojekte wird ein städtischer Liegenschaftsfonds aufgebaut, dessen Grundstücke in einem kooperativen Verfahren (Anhandgabe) mit Festpreisen vergeben werden. In diesen Fond werden mindestens 10% der für Wohnbauzwecke geeigneten städtischen Grundstücke eingebracht.

Die ABG Holding und ihre Tochterunternehmen werden beim Wohnungsbau in der Gesamtbetrachtung 30% der neu entstehenden Wohnungen über den geförderten Wohnungsbau (erster Förderweg und das städtische Förderprogramm für Familien und Senioren) realisieren. Von den geförderten Wohnungen ist mindestens die Hälfte im Rahmen des 1. Förderweges (Sozialer Wohnungsbau) zu bauen. Bei großflächigen Neubauvorhaben sollen darüber hinaus innovative und gemeinschaftliche Wohnprojekte sowie Mehrgenerationenwohnen realisiert werden. Zudem wird ein angemessener Anteil an Wohnungen für mittlere Einkommen (oberhalb des Familien- und Seniorenprogramms) angestrebt.

Grundsätzlich soll die städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG Holding bei ihren künftigen Mietpreisen für Wiedervermietungen von Wohnungen im mittleren und niedrigen Preissegment in geeigneten Wohngebieten generell 4% unter dem Mietspiegel bleiben, um eine preisdämpfende Wirkung zu erzielen. Eine generelle und weitreichende barrierefreie Zugänglichkeit der ABG-Liegenschaften wird angestrebt. Ziel ist es, in den kommenden 5 Jahren 20% der dafür am besten geeigneten Objekte entsprechend umzugestalten.

Bei der Sanierungsmaßnahme „Im Mainfeld“ soll eine maßvolle Nachverdichtung möglich sein und eine ausgewogene Mieterstruktur erreicht werden. CDU und Grüne garantieren den bisherigen Mietern dabei allerdings ausdrücklich ein Rückkehrrecht.

Umwelt

Frankfurt ist in vielfältiger Hinsicht eine grünere Stadt geworden. Wir haben Freiflächen geschützt und in neue Parks sowie in die Sanierung von Grünflächen investiert und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Frankfurterinnen und Frankfurter geleistet. Der Schutz wertvoller Lebensräume hat dazu geführt, dass wir seltene Arten in der Stadt schützen und erhalten konnten. Die konsequente Klimaschutzpolitik der Stadt zeigt erste Erfolge. Trotz des Wachstums der Stadt ist es gelungen, den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen zu reduzieren. Die Reduzierung der Gesundheitsbelastungen durch Luftschadstoffe und Lärm ist eine wesentliche Aufgabe kommunaler Umweltpolitik. Wir wollen diese Politik des Schutzes von Umwelt, Klima und Artenvielfalt in Frankfurt fortsetzen und intensivieren.

Klimaschutz bleibt eine kommunale Pflichtaufgabe für Frankfurt. Wir werden den beschlossenen Klimaschutzmaßnahmenplan umsetzen. Darüber hinaus werden wir ein umfassendes Konzept erarbeiten und verabschieden, das den Weg Frankfurts in eine Energieversorgung, bestehend aus 100% erneuerbaren Energien, bis spätestens 2050 mit überprüfbaren Zwischenzielen beschreibt und die heute schon notwendigen Maßnahmen für einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energieversorgung enthält.

Die Koalition fördert den dezentralen Ausbau erneuerbarer und hocheffizienter Energiequellen auf dem Stadtgebiet und in der Region. Wir werden den Ausbau der Fernwärmeversorgung und den Zubau von Blockheizkraftwerken konsequent weiter fördern. Weitere Dächer kommunaler Gebäude werden für Bürgersolaranlagen kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Stadt wird unter Berücksichtigung von Anwohnerbelangen genehmigungsfähige Windkraftanlagen auf Frankfurter Stadtgebiet und in der Region unterstützen. Die Wasserkraft an der Nidda (Rödelheimer und Eschersheimer Wehr) wird zügig genutzt.

Wir erarbeiten ein Konzept zum Umbau der Straßenbeleuchtung auf den höchsten Effizienzstandard und setzen es um. Dabei wollen wir dort, wo Gasleuchten mitprägend für das Quartier sind, prüfen, wie das Erscheinungsbild von Gasleuchten durch effizientere Technologien erhalten werden kann. Dabei wollen wir auch das Problem der "Lichtverschmutzung" im Auge behalten und nach Lösungen suchen, um die Aufhellung des Nachthimmels durch Streulicht und unnötige Beleuchtung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, ohne dabei Abstriche bei Fragen der Sicherheit zu machen.

Die energetische Sanierung von städtischen Liegenschaften wird in allen Bereichen verstärkt umgesetzt. Die Stadt legt ein systematisches Programm zur Reduktion des Strom- und Ressourcenverbrauchs in ihren eigenen Liegenschaften unter Einbeziehung der Beschäftigten und Nutzerinnen und Nutzer auf.

Bei der Stadtverwaltung wird systematisch ein nachhaltiges Beschaffungswesen, sowie ein Gesamtkonzept für Green IT, d.h. für eine umwelt- und ressourcenschonende Informations- und Kommunikationstechnologie, eingeführt und umgesetzt.

Die Stadt unter der Führung von CDU und GRÜNEN verabschiedet eine umfassende Anpassungsstrategie an den Klimawandel, zu der unter anderem die integrale Berücksichtigung von Begrünungs- und Kühlmöglichkeiten bei allen Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum gehört. Dach- und Fassadenbegrünungen sowie die Pflanzung von Bäumen auf privaten Grundstücken wollen wir fördern. Wir wollen an einem öffentlichen Platz einen weiteren vertikalen Garten in Frankfurt errichten.

Die Stadt erarbeitet innerhalb von zwei Jahren einen Masterplan für eine stärkere Begrünung der Innenstadt und der Stadtteile und setzt diesen dann Schritt für Schritt um. Zu diesem Masterplan gehört die Verabschiedung einer verbindlichen Planung zur Entwicklung von grünen Speichen aus dem Grüngürtel in die Stadt einschließlich der zur Umsetzung notwendigen Maßnahmen mit dem Ziel, ausgewählte Verkehrsachsen als Alleen auszugestalten, die die Innenstadt mit der Region verbinden und die Aufenthalts- und Mobilitätsqualität für Rad-/Fußverkehr erhöhen. Wir wollen Zerschneidungen im Grüngürtel abbauen und den Grüngürtel als Raum besser erlebbar machen. In Teilräumen des Grüngürtels wird jährlich ein autofreier Tag durchgeführt.

Wir werden die Grünflächen erweitern und ausreichende Mittel für eine qualitätsvolle Pflege investieren. Sobald die dafür benötigten Grundstücke geräumt sind, wollen wir den Güntersburgpark vergrößern. Wir streben außerdem die Verlängerung der Mainuferpromenade in Richtung Kaiserlei an.

Unsere Parks und Grünflächen sollen außerdem sauber und attraktiv bleiben. Hier wollen wir mit einer Öffentlichkeitskampagne dafür sensibilisieren, dass die Bürgerinnen und Bürger Eigenverantwortung für ihre Abfälle übernehmen. Zusätzlich wird ein jährlicher stadtweiter Sauberkeitstag durchgeführt. Das bereits bestehende Parkwächterprogramm für Sicherheit und Sauberkeit in Grüneinlagen wird ausgeweitet.

Die Renaturierung der Nidda wird mit hohem Tempo fortgeführt. Die Renaturierungsmaßnahmen werden im Vorgriff auf die damit auszugleichenden Eingriffe realisiert und im Nachgang über ein Ökopunktekonto abgerechnet.

Artenschutz ist auch in der Großstadt ein wichtiges Thema, denn die biologische Vielfalt ist eine wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige Gesellschaft. Die Stadt legt daher unter Beteiligung der Naturschutzverbände ein Programm zum systematischen Artenschutz in der Stadt auf und richtet die Funktion eines Artenschutzbeauftragten ein, um dieses Programm umzusetzen.

Die Koalition strebt die Zertifizierung des Frankfurter Stadtwaldes nach dem FSC-Standard (Forest Stewardship Council) an.

Die kommunale Lärminderungsplanung wird in der gesamten Stadt fortgeführt, die verabschiedeten Lärminderungspläne werden konsequent umgesetzt. Neben den bevorzugt zu nutzenden kostengünstigen und schnell umsetzbaren nichtbaulichen Maßnahmen werden wir überall dort, wo wir investieren, auf die unter Lärmaspekten jeweils schonendste Lösung zurückgreifen (z. B. durch Austausch von Kopfsteinpflaster, Bau von Rasengleisen, Anschaffung leiserer Fahrzeuge für den städtischen Fuhrpark, Flüsterasphalt). Die Stadt strebt außerdem den verminderten Einsatz von Laubbläsern an.

Die Koalitionsparteien sind nach wie vor nicht einig in ihrer Haltung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens. Wenn über das Abstimmungsverhalten in Beschlussfassungen zu dieser Frage keine Einigkeit erzielt werden kann, enthalten sich beide Fraktionen. Die Koalition setzt sich weiterhin konsequent für ein Nachtflugverbot im Sinne des Mediationsergebnisses ein. Die Stadt Frankfurt wird sich für lärmindernde Betriebsregelungen und aktiven Schallschutz am Fluggerät einsetzen, z. B. über eine stärkere Staffelung der Landeentgelte nach Lärm bzw. Schadstoffausstoß.

Sicherheit

Wir - CDU und GRÜNE - wollen den erfolgreichen Weg zu einem noch sichereren Frankfurt weiter gehen. Wir werden daher eine ergebnisoffene Evaluierung des Freiwilligen Polizeidienstes mit der Prüfung, ob der Dienst aufgestockt wird und ob er auf weitere Bereiche der Stadt ausgedehnt werden kann, durchführen.

Das erfolgreiche Modell des Präventionsnetzwerks des Präventionsrates und seiner Regionalräte soll fortgeführt werden. Wir brauchen eine Anerkennungskultur für Zivilcourage und wollen dies mit einer entsprechenden Kampagne befördern.

Die Ausbreitung von Spielhallen und Wettbüros soll vor dem Hintergrund des Hessischen Maßnahmenpaketes und des städtischen Präventionsprogramms verhindert werden. Die bestehenden präventiven Angebote gegen Gewalt und Kriminalität sollen ausgebaut werden. Unser umfassender Sicherheitsansatz umfasst auch das Cybermobbing, gegen das wir mit gezielter Aufklärung und Prävention vorgehen werden.

Gleichzeitig werden zusätzliche Maßnahmen zur Steigerung der Sicherheit im öffentlichen Raum ergriffen. In den Bereichen des ÖPNV (Fahrzeuge und Stationen) soll die Missachtung der Hausordnung, insbesondere auch im Hinblick auf Alkoholkonsum, konsequent geahndet werden.

Vandalismus, illegales Graffiti und die Vermüllung von öffentlichen Flächen sollen weiterhin bekämpft werden. Das Programm zur Beseitigung illegaler Graffiti an privaten Gebäuden wird fortgesetzt. Ein Ausbau der Stabstelle „Sauberes Frankfurt“ wird geprüft.

Sobald der Gesetzgeber eine Regelung für die einheitliche Kennzeichnung von lebensmittelverarbeitenden Betrieben im Sinne des Verbraucherschutzes getroffen hat, werden wir diese in Frankfurt umgehend einführen.

Brandschutz

Die Frankfurter Feuerwehr genießt deutschlandweit und international einen herausragenden Ruf. Frankfurts Feuerwehr ist die modernste und am besten ausgebildete in ganz Deutschland. Aus diesem Grund werden CDU und GRÜNE sicherstellen, dass neben dem Taktischen Feuerwehrkonzept 2020 auch die Prioritätenprogramme für Feuerwehrhäuser der Freiwilligen Feuerwehren sowie das Fahrzeugprioritätenprogramm fortgeführt werden.

Die in den städtischen Haushalt eingestellten 10.000 € für die Minifeuerwehr können nicht nur für Neugründungen von Minifeuerwehren genutzt werden, sondern auch zur Unterstützung der Minifeuerwehren und deren Arbeit im Allgemeinen.

Die bestehenden Planungen für das Eckenheimer Übungszentrum der Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren (Brandhaus) sollen rasch umgesetzt werden.

Auf dem Gelände des BKRZ (Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungszentrum) soll ein eigenes Übungsgelände für die Arbeitsgemeinschaft Freiwilliger Hilfsorganisationen (AGFH) geschaffen werden.

Das Werbe- und Öffentlichkeitskonzept der Freiwilligen Feuerwehren (z. B. öffentlichkeitswirksame „Tage der offenen Tür“, Werbung bei Jugendlichen, Migranten und Mädchen) wird weiterhin unterstützt, ebenso wie die AGFH.

Verwaltung/Personal

Wir wollen, dass die Verwaltung der Stadt Frankfurt auch weiterhin personalfreundlich und kundenorientiert aufgestellt ist.

Die Beschäftigungsquote für Menschen mit Handicap wird beibehalten, ebenso die hohe Ausbildungsquote bei der Stadt Frankfurt am Main. Der Anteil von Migrantinnen und Migranten bei den Beschäftigten wird weiter erhöht. Das Traineeprogramm für den höheren Dienst wird fortgesetzt. Die Fortbildungsmöglichkeiten für hochqualifizierte Beschäftigte werden ausgebaut.

Die von der Koalition geführte Stadt bereitet sich auch im Bereich Personal und Verwaltung gezielt auf den demographischen Wandel vor. Mit Ausbildung weiterhin über dem Bedarf und der Weiterqualifizierung von Personal wird dem Fachkräftemangel, der auch der Stadt Frankfurt droht, begegnet.

Die Gesundheitsprävention für städtisches Personal wird weiter gestärkt. Ein Gesundheitsmonitoring wird eingeführt. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf den Bereichen mit besonders großer beruflicher Belastung.

Es soll mehr Möglichkeiten zur Verbesserung des eigenen Arbeitsplatzes und der eigenen Arbeitsplatzsituation geben. Das Ideenmanagement der Stadt Frankfurt am Main soll evaluiert und fortentwickelt werden.

Die Programme für Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden weiter ausgebaut. Dabei wird vor allen Dingen auf Telearbeit und Teilzeit gesetzt. Die Stadt verfolgt mit Nachdruck die Einrichtung eines Betriebskindergartens. Die Verhandlungen für die Dienstvereinbarung 183 werden fortgesetzt. Die Koalition setzt sich dafür ein, eine leistungsorientierte Bezahlung für die Mitarbeiter umzusetzen.

Um die Verwaltung noch bürgerinnen- und bürgerfreundlicher zu gestalten, sollen die Dienstleistungs- und Informationsangebote über das Internet ausgebaut werden.

Anträge und Formulare sollen dort nicht nur verfügbar sein, sondern gleich online ausgefüllt werden können, um eine direkte Weiterverarbeitung zu ermöglichen. Dabei müssen ein Höchstmaß an Datenschutz und der jeweils neueste Stand der Barrierefreiheit gewährleistet sein.

Die Zahl der Ansprechpartner bei ein und derselben Angelegenheit soll für Privatleute, Gewerbetreibende oder auch Hilfesuchende auf ein notwendiges Minimum reduziert werden.

Region

Die Bedeutung der Zusammenarbeit Frankfurts mit den Städten, Kreisen und Gemeinden der Region FrankfurtRheinMain wird in den kommenden Jahren noch weiter wachsen. Die Koalition setzt sich daher für die weitere Umsetzung der Agenda 2016 ein, mit der die Kooperation in der Region noch weiter ausgebaut werden soll.

Weitere Bereiche der regionalen Zusammenarbeit sind u.a. die Umweltpolitik und der Klimaschutz, mit dem Ziel, FrankfurtRheinMain als „Green-Region“ zur europäischen Leitregion auszubauen. Hierzu zählen die Vereinbarung regionaler Klimaschutzziele und die Erarbeitung eines gemeinsamen Luftreinhalteplans. In diesem Zusammenhang werden wir die Bemühungen um eine regionale Umweltzone fortsetzen, die für die Bürgerinnen und Bürger der Region einfacher und berechenbarer ist. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Know-How über energetische Sanierung, energetisches Bauen und Energieeffizienz in einer regionalen Energieagentur beim Planungsverband gebündelt und kleineren Kommunen in der Region zugänglich gemacht wird. Weiter setzt sich die Koalition dafür ein, dass gemeinsame regionale Potenzialanalysen für die Nutzung erneuerbarer Energien und von Kraft-Wärme-Kopplung erstellt werden und wirkt auf die Umsetzung regionaler Erzeugungsprojekte hin.

Ebenso soll die Zusammenarbeit in der touristischen Vermarktung der Region ausgebaut werden, gemeinsame Wohnungsbauprojekte realisiert werden und die regionale Sportstättenplanung fortentwickelt werden.

Aufgrund der nur noch begrenzten Gewerbeflächen in Frankfurt wollen wir in der Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen die Bereitschaft zur Einrichtung von interkommunalen Gewerbegebieten überprüfen und gegebenenfalls partnerschaftlich vorantreiben.

Aufbauend auf den positiven Erfahrungen mit Offenbach sind wir bereit, auf dafür geeigneten Flächen von Nachbarkommunen weiteren Wohnungsbau durch städtische Gesellschaften zu realisieren. Wir sind überzeugt davon, dass eine weitschauende Wohnungspolitik eine regionale Zusammenarbeit erfordert.

Die in der Region vereinbarte Realisierung des „Haus der Region“ in Frankfurt wird umgesetzt. Mit einem „Tag der Region“ soll die Verbundenheit der Menschen in und mit der Region FrankfurtRheinMain stärker zum Ausdruck kommen und die vielfältigen Formen der regionalen Zusammenarbeit dargestellt werden.

Bürgerbeteiligung

Wir wollen die in den letzten Jahren erfolgreich erprobten Planungswerkstätten zur Regel bei allen städtebaulichen Ideen- und Realisierungswettbewerben mit besonderer Bedeutung machen, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem die Anregungen noch in politische Entscheidungen und die Ausschreibungen zu Wettbewerben einfließen können.

Der Magistrat soll, in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten, verstärkt die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen mit Informationsveranstaltungen über anstehende Entscheidungen von besonderer Bedeutung unterrichten und einbinden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wollen wir, insbesondere bei der Planung von Freizeitflächen, aber auch bei der Entwicklung von Projekten in den Stadtteilen, die sich an diese Zielgruppe richten, ausbauen. Die Teilhabe an politischen Diskussionen und Entscheidungen mit den Mitteln des Internets soll, z.B. durch den verstärkten Einsatz von Online-Umfragen, weiter gefördert werden.

Die von der Stadt Frankfurt veröffentlichten Informationen und Daten, z.B. der Haushalt und die statistischen Angebote, sollen sich an Maschinenlesbarkeit und freien Standards orientieren (Open-Data-Prinzip).

Die Sitzungen des Stadtparlaments sollen als „Hörfunk“ im Internet (Audio Streaming) übertragen werden.

Um die Arbeit der Frankfurter Ortsbeiräte zu stärken, sollen die Richtlinien über die dem Ortsbeirat zur Verfügung stehenden Finanzmitteln mit dem Ziel überarbeitet werden, eine größere Freiheit bei der Verwendung der Mittel zu erreichen.

Frankfurt am Main, 6. Mai 2011

Für die CDU

Boris Rhein
Kreisvorsitzender

Helmut Heuser
Fraktionsvorsitzender

Für Bündnis 90/Die GRÜNEN

Bastian Bergerhoff
Vorstandssprecher

Martina Feldmayer
Vorstandssprecherin

Olaf Cunitz
Fraktionsvorsitzender